

Die Wohnungsfrage.

Beratung im Kreisarbeiterrat Wien.

Wir tragen im nachstehenden den Verhandlungsbericht über den zweiten Punkt der Tagesordnung der Sitzung des Wiener Kreisarbeiterrates vom Samstag über die Wohnungsfrage nach:

Dr. Gustav Schen führte als Referent aus: Neubauten sind heute nicht nur ein Finanzproblem, sondern auch ein technisches. Es fehlt an Rohmaterialien aller Art; vor allem fehlt den Ziegelbrennereien die Kohle zum Brennen der Ziegel, daher baut die Gemeinde Wien mit Zementziegeln, weil richtiges Material nicht hergestellt werden kann. Während der Kriegszeit sind viele Häuser mitten im Bau stehen geblieben und heute oft halb verlassen. Die Weiterführung dieser Bauten ist auch mit kolossalen Kosten verbunden. Bei diesen ungeheuren Summen, die jeder einzelne Bau heute erfordert, ist es ganz undenkbar, daß die Gemeinde Wien allein alle Kosten zur Behebung der Wohnungsnot bestreitet. Das Land und der Staat müssen hier helfen. Das Land hat bereits abgelehnt, der Staat jedoch verhält sich fördernd und es ist zu hoffen, daß trotz der passiven Haltung des Landes die Bevölkerung Wiens mit einigen tausend Wohnungen versehen werden kann. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung hat aber weitergehende Pläne. Die ganze bisherige Art der Stadtentwicklung ist keine richtige gewesen. Diese ständige ringförmige Ausdehnung der Stadt hat bei ungenügender Entwicklung der Verkehrsmittel ein ungeheuerliches Steigen der Grundrente zur Folge gehabt und die Hausbesitzer haben in der Form der Steigerung des Zinses unverhältnismäßig Mehrwert und Grundrente eingehemmt. Diese betrübliche Erscheinung der letzten Jahrzehnte ist hauptsächlich eine Folge dieser Form der Stadterweiterung. Wir stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß die Stadterweiterung so sein muß, daß weit draußen, wo bisher keine Wohnungsproduktion stattgefunden hat, der Bodenpreis daher relativ billig ist, die Gründe von der Gemeinde erworben werden müssen. Sind diese Gründe in der Hand der Stadt, dann muß die Stadt für eine Eisenbahnverbindung zum Zentrum sorgen und sobald diese hergestellt ist, mit der Wohnungsproduktion beginnen. Wir kommen so zu dem System der Gartenvorstadt und Gartenstadtleitung. Dieses System hat viele Vorzüge. Vor allem ist klar, daß eine eventuelle Steigerung der Bodenpreise der Gemeinde selbst zugute kommt. Das Ziel unserer Wohnungspolitik bleibt jedenfalls, daß die Gemeinde Alleinbesitzer von Grund und Boden wird.

Bei der Wohnungsbewirtschaftung spielt heute die Anforderung die wichtigste Rolle. Die sich aus dem Anforderungsrecht ergebenden komplizierten Streitfälle befriedigend zu lösen ist Aufgabe der Anforderungskommissionen, in denen nach unserem Wunsche auch die Arbeiterräte vertreten sein werden. Die Vertreter der Arbeiterräte in diesen Kommissionen sind die Repräsentanten der wohnungsbewirtschaftlichen Menschheit, der Wohnungskonsumenten. Die Arbeiterräte sollen in diesen Kommissionen das treibende Element darstellen. Etwas anderes wieder ist die Frage der Zuweisung der Wohnungen. Die Anforderung wird und muß bezirksweise erfolgen, weil die Kommissionen in den einzelnen Bezirken am allerbesten eruierten können, wo Wohnungen frei sind, und die lokalen Verhältnisse am besten kennen. Es wird da freilich nötig sein, daß die größeren Bezirke mehr als eine Kommission haben, was ja nach unserem Plane auch der Fall ist. Jedermann, der von unzulänglich benutzten Wohnungen Kenntnis erhält, hat die Pflicht, dies bei der Anforderungskommission anzuzeigen. Wenn so beim Anforderungsverfahren das Schwergewicht in den Bezirken liegt, so kann umgekehrt bei der Zuweisung dies nicht der Fall sein, denn es würden dann gerade die proletarischen Bezirke mit der allergrößten Wohnungsnot am allerungünstigsten abschneiden. Dabei bleiben auch die Zugänge von anfang bei Zuweisung von Wohnungen lediglich durch die Bezirke vollkommen unberücksichtigt, was eine große Benachteiligung der Heimlehrer und vieler anderer Schichten bedeuten würde. Aber auch die Zuweisung der Wohnungen vom Zentralwohnungsamte soll nur unter ständiger Mitwirkung von zwei Arbeiterräten stattfinden. Ich möchte aber bemerken, daß die Mitarbeit dieser Arbeiterräte eine ganz tägliche sein müßte. Wir planen da auch die energische Heranziehung der Stundenhoteliers zu Wohnwerken, wodurch wir viele Wohnräume zu gewinnen hoffen.

An gesetzgeberischen Maßnahmen steht in allererster Linie die Enteignung von Grund und Boden. Diese kann auf verschiedene Art durchgeführt werden. Sie kann allmählich durchgeführt werden durch die Steuer vom gemeinen Wert. Die heutige Grundsteuer hat für den städtischen Grundbesitzer die gleiche Höhe wie für die Landwirtschaft. Der Wert des städtischen Grund und Bodens steht in keinem Verhältnis zur Höhe dieser Steuer. Dies ermöglicht es den Grundbesitzern, unverbauten Gründe jahrzehntelang brach liegen zu lassen und das „Steigen“ der Grundpreise abzuwarten. Die Einführung einer Grundsteuer nach dem gemeinen Wert würde es unmöglich machen, daß, wie dies heute noch immer massenhaft geschieht, Grund und Boden unverwertet liegen gelassen wird, um mit dem Wachstum der Stadt und der damit verbundenen Steigerung der Grundrente reichlichen Gewinn einzuhemmen. Die Grundbesitzer haben untätig zugewartet, um für diese ihre Untätigkeit reichlichen Lohn einzustreichen. Diese Grundrente muß sozialisiert werden, indem eine Steuer auf den unverbauten Grund und Boden nach dem gemeinen Wert des Grundes gelegt wird. Diese Steuer vom gemeinen Wert soll den natürlichen Wertzuwachs, der vom Wachstum der Bevölkerung stammt, vollkommen wegnehmen. Das Finanzministerium ist bereit, der Stadt Wien steuerpolitische Maßnahmen in dieser Art zu bewilligen. Die Bedeutung dieser Steuer liegt aber weniger in dem Ergebnis, das sie abzu-

werfen verspricht, sondern darin, daß sie das Grundbesitzertum auszurotten geeignet ist.

Die Debatte.

Paul Friedländer (Giebing): Alle Vorschläge des Referenten bedeuten keine Aufhebung der Wohnungsnot, sondern nur Fortwurstelung. Es ist ganz richtig, daß nur eine Wohnungsproduktion der Not abhelfen kann. Aber selbst wenn wir die nötigen Rohstoffe zu großzügiger Wohnungsproduktion hätten, würde es Jahre dauern, bis wir der Wohnungsnot abgeholfen hätten. Schen hat nachgewiesen, daß der Gemeinderat zur Deckung der Schulden Steuern heranziehen muß. Er hat aber keine radikale Maßnahme empfohlen. Wir können aus der Verlegenheit nur dadurch kommen, daß wir das ganze Wohnungswesen sozialisieren. (Aufe: Welche Erfolge hat man in Budapest mit der Sozialisierung gemacht?) Unser Ziel als Kommunisten ist es, den Mietzins herabzusetzen. (Aufe: Ja, aber ob es geht!)

Rittler (Brigittenau): Ich spreche als Praktiker, da wir in den Bezirksarbeiterräten auf dem Gebiet des Wohnungswesens bereits tätig sind. Wir sind mit den Mietämtern nicht zufrieden und müssen energische Maßnahmen verlangen.

Fischer (Leopoldsdorf): Der Arbeiterrat muß auf dem Gebiet des Wohnungswesens wie in allen anderen Fragen selbständig arbeiten. Auf die Erlaubnis des Gemeinderates können wir nicht warten. Vor allem ist es unsere Aufgabe als Arbeiterräte, gegen die Hausherren energisch vorzugehen.

Michal (Brigittenau): Die Erregung der Arbeiterräte bei der Behandlung der Wohnungsfrage ist aus ihren bisherigen Erfahrungen auf diesem Gebiet nur allzu leicht begreiflich. Die Hausherren haben trotz des Mieterschutzgesetzes noch immer viel freies Spiel. Das Wohnungswesen ist zwar ausgestaltet, aber nicht in zufriedenstellender Weise. Die Arbeiterräte, die bei den behördlichen Kommissionen mitzuwirken haben werden, müssen durch soziales Empfinden wettmachen, was zu ängstlichem Kleben an den bestehenden Vorschriften verderben könnte. Das Mieterschutzgesetz bedarf dringend einer Ausgestaltung. Vor allem muß der Schleichhandel mit Wohnungen, der heute blüht, unterdrückt werden. Das Vermietungsrecht muß ausschließlich an die Wohnungskommission übergehen.

Tändler (Margareten): Ich bin für die energischste Sozialisierung auch auf dem Gebiet des Wohnungswesens — aber mit Vernunft. Friedländer schlägt die Sozialisierung als Allheilmittel vor. Das ist eine große Gefahr für unsere Idee. Wir müssen uns klar sein, was Sozialisierung bedeutet und was sie zu leisten vermag. Durch die Sozialisierung wird den Hausherren gewiß der Mehrwert oder die Grundrente abgenommen. Wenn wir die Summe aber, die da der öffentlichen Verwaltung anheimfällt, berechnen, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß sich damit das Defizit der Stadt Wien im Falle der Uebernahme des Wohnungswesens nicht deden läßt. Wir müssen so die Bevölkerung mit dem Gedanken der Sozialisierung vertraut machen, ihr aber gleichzeitig sagen, daß auch dann noch viel Geld nötig sein wird.

Stein (Mariahilf): Der vielgelästerte Mariahilfer Arbeiterrat hat begriffen, daß wie überall auch auf dem Gebiet des Wohnungswesens die Initiative von unten kommen muß. Wir haben aber auch ferner gefunden, daß uns keine Behörde Schwierigkeiten bereitet hat, so daß gar kein Zweifel besteht, daß wir in dieser Frage mit den Behörden zusammenarbeiten können.

Skaret (Sozialdemokratischer Parteivorstand): Wir müssen in praktischen Fragen praktisch arbeiten, nicht aber mit Schlagwörtern. Wir haben im sozialdemokratischen Gemeinderatsklub die Frage der Sozialisierung nach allen Seiten gründlich erwogen und sind zu der Einsicht gekommen, daß unter den gegebenen Verhältnissen die Sozialisierung keinesfalls eine Besserung der bestehenden Zustände herbeiführen würde. Die Doppelbelastungen, die außerordentlich hoch sind, müßten bei einer Sozialisierung übernommen werden, da eine andere Lösung nicht denkbar ist. Die Häuser sind nach einem fünfjährigen reparaturlosen Zeitraum in einem verfallenen Zustand, was gleichfalls im Falle der Sozialisierung bedeutsam in die Waagschale fällt. In Ungarn hat man mit der Sozialisierung nicht die besten Erfahrungen gemacht. Wir wollen nur das durchführen, was der Bevölkerung zum Nutzen gereicht.

Danneberg (Sozialdemokratischer Parteivorstand): In der Debatte wurde mehrfach die Auffassung vorgetragen, daß sich der Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat gegen die Sozialisierung ausgesprochen hat. Davon ist keine Rede. Wir sind nicht nur nicht gegen die Sozialisierung, sondern vertreten diese Forderung mit allem Nachdruck. Die Sozialisierung ist nur nach unserer Auffassung im derzeitigen Moment nicht das geeignete Mittel, die Wohnungsnot rascher und besser zu beheben als durch die anderen in Aussicht genommenen Mittel. Mit den bestehenden Mietzinsen vermochte man auch in Ungarn das Auslangen nicht zu finden. Man ist in Ungarn ferner dazugekommen, daß selbst wenn man alle von Kapitalisten bewohnten Wohnungen dem Proletariat reiflos zur Verfügung stellt, dies keine grundstürzende Behebung der Wohnungsnot bedeuten könnte.

Dr. Gustav Schen (Schlußwort): Durch die Zuziehung der Arbeiterräte zu den Kommissionen, die vom Bürgermeister Neumann bereits angeordnet ist, wollen wir erreichen, daß das bürgerliche Element, wie es die Beamten im Grunde darstellen, durch das impulsive Handeln der Arbeiterräte vorwärtsgeleitet werde. Wenn das Anforderungsverfahren bisher nicht gut funktioniert hat, so ist dies der Hauptsache nach auf die Mangelhaftigkeit des zur Verfügung stehenden Apparats zurückzuführen. Wir sind aber bestrebt, alle diese Institutionen zu verbessern. Wenn die Anforderungsverordnung nicht genügt, wird sie verschärft werden. Die momentane Sozialisierung würde uns jedenfalls vielerlei technische Schwierigkeiten bringen. Heute fällt ein sehr beträchtlicher Teil des Zinses auf Reparaturkosten. Dazu kommen noch die Steuern, die bis zu 41 Prozent des Bruttozinses betragen. Einige wertvolle Vorschläge, die von den Genossen in der Debatte geäußert wurden, werde ich nach Möglichkeit zur Durchführung bringen. Die Hauptsache für unsere Wirksamkeit auf dem Gebiet des Wohnungswesens bleibt, daß wir das Angebot durch Produktion von Wohnungen und Heranziehung schlecht benutzter Räume zu vermehren trachten müssen.

Gemäß dem Antrag Danneberg wird im Kreisarbeiterrat eine Kommission für Wohnungswesen (22 Mitglieder) eingesetzt werden.